

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.
Fernsprecher N 8536. Redaktionschluss Montage Mittags vor Erscheinen d. Blattes.
Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No 25. Köln, den 14. Dezember 1918. VI. Jahrgang.

Die Gewerkschaften und die Revolution.

Es liegt in der Natur der Sache, daß ängstliche Gemüter, bei den großen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Zeit um den Bestand der Gewerkschaften fürchten. Diese Besürchungen sind unbegründet. Selbst wenn der Wirrwarr noch größer würde, sind sie in der Lage, sich über diese Zeit hinwegzusetzen. Sie sind heute zu fest im Wirtschaftsleben verankert. Schon während des Krieges zeigte sich, daß ohne die Gewerkschaften, ohne ihre Mitwirkung das Wirtschaftsleben nicht aufrecht zu erhalten gewesen wäre. Die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes wäre ohne, oder gar gegen sie ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Wenn nun in dieser Zeit ihre Mitwirkung nicht zu entbehren war, um so weniger in der Gegenwart, bei der Ueberführung des Wirtschaftslebens in den Friedenszustand. Gesetze und Verordnungen auf politischen Gebieten können gegen den Willen der Beteiligten zum Teil, und dieses auch nicht in jedem Fall durchgeführt werden, nicht aber auf dem kaufmännisch-gewerblichen Gebiete des Wirtschaftslebens. Hier ist der gute Wille, die Bereitwilligkeit mitzuarbeiten, die Voraussetzung für ein jedes Gelingen. Jeder Versuch, die Gewerkschaften auszuschalten, müßte mit einem Fiasko enden. Zunächst besteht ja bei der Spartakusgruppe das Bestreben, die Gewerkschaften aller Richtungen auszuschalten, um mit Gewaltmitteln das Wirtschaftsleben nach ihren Ideen zu gestalten, jedenfalls aber mit dem Erfolge, wie wir es in Rußland erleben. Jeder, der nicht mit Absicht das deutsche Volk in eine Hungersnot, in die Anarchie auf allen Gebieten hineinführen will, muß die wirklich aufbauenden Kräfte unterstützen. Der Wiederaufbau des Erwerbslebens ist nicht ohne planmäßige Organisation möglich. Nicht aber auf dem Wege der Zwangsorganisation die nach den Erfahrungen der Kriegszeit nicht die geeignetste Form der Organisation sein kann. Der Gedanke der freiwilligen Unterordnung des Einzelnen und seiner Interessen unter die Bedürfnisse des Gesamtvolkles muß richtung- und ausschlaggebend sein. Dieser Gedanke verkörpert sich am besten in der deutschen Gewerkschaftsorganisation. Wenn auch in erster Linie bestimmt, die besonderen Interessen der Arbeiter und Angehörigen zu vertreten, haben sie sich, besonders die christlichen Gewerkschaften, den Weltblick für die Bedürfnisse eines Volkes und der gesamten Volkswirtschaft bewahrt. Keine Arbeiterbewegung kann dieses in dem Maße von sich behaupten wie die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Aus dem Grunde kann sie auch bei dem Aufbau des neuen Deutschlands nicht ausgeschlossen werden.

Öffentlichen und wirtschaftlichen Leben ist in den letzten zwei Jahren mehr gewachsen, wie in den vorhergegangenen zwei Jahrzehnten. In allen Instanzen beim Reich, Staat und Gemeinde, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, sind ihre Vertreter hinzugezogen.

Das Verhältnis zwischen großindustriellem Unternehmertum und Arbeiterbewegung hat in den letzten Wochen ein vollständig neues Gesicht bekommen. Während die Großindustriellen früher die Gewerkschaften nicht als legitime Vertretung der Arbeiterklasse anerkennen wollten und jede Verhandlung mit ihnen ablehnten, sind sie unter dem Druck der neuen Lage jetzt zum Gegenteil gezwungen worden. Schon vor der Revolution war sowohl im Bergbau wie in der Metallindustrie die Verbindung zwischen Unternehmerverbänden und Arbeitergewerkschaften hergestellt worden. Diese Entwicklung hat in den letzten Tagen weitere Fortschritte gemacht. Auf Grund von Verhandlungen in Berlin ist eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Organisationen der Industrie und denen der Arbeiter zustande gekommen. Die Aufgaben dieser Arbeitsgemeinschaft erstrecken sich vorerst auf die wirtschaftlichen Maßnahmen der Uebergangswirtschaft. Selbstredend werden diese Verbindungen nachher nicht wieder gelöst werden können, sondern weiter bestehen bleiben, wenn sich der Aufgabenkreis sich verändern wird.

Also auch in diesen Kreisen hat sich die Auffassung geändert. Sie haben die belebenden und aufbauenden Kräfte der Gewerkschaften, wenn auch spät, erkannt und sind bereit, mit ihnen gemeinsam an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens mitzuarbeiten.

Mit Bestimmtheit ist auch damit zu rechnen, daß im neuen Deutschland den Gewerkschaften mehr Rechte gegeben und sie in entsprechender Weise zur Mitarbeit am Staatsganzen herangezogen werden. Die Gemeinden, wo zu den Vertretungskörpern ein demokratisches Wahlrecht in Aussicht steht, werden ebenfalls in weitgehendem Maße auf die Mitarbeit der Gewerkschaften angewiesen sein. Hier eröffnen sich Perspektiven, die gerade für unsere Mitglieder von der allergrößten Bedeutung sind.

Unter diesen Umständen kann es gar nicht anders sein, als daß die Verbände nicht nur nicht an Bedeutung verlieren, sondern im Gegenteil, trotz Revolution, sich weiter ausbreiten und immer größere Kreise ziehen werden. Es muß nur dafür gesorgt werden, daß der letzte Kollege, der zu uns gehört, auch den christlichen Gewerkschaften zugeführt wird. Es würde dadurch bestimmt, daß der Radikalismus, der gegenwärtig in Berlin und einigen anderen Städten wahre Orgien feiert, eingedämmt, Deutschland vor dem

Der tritt noch ein neuer Moment. Der Einfluss im

Volksbewusstsein bewahrt, und der Wiederaufbau eines neuen Deutschlands, in dem der Arbeiter- und Angestelltenstand die volle Gleichberechtigung, auch bei der Verteilung des Ertrages der harten Arbeit, eingeräumt, ermöglicht würde.

Die Bedeutung der neuen Arbeitsgemeinschaft.

In der letzten Nummer unseres Organs haben wir den Vertrag veröffentlicht, der zwischen fast sämtlichen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften abgeschlossen ist. Bis vor ganz kurzer Zeit noch mußte es mehr oder weniger aussichtslos gelten, die organisierten Vertretungen der Arbeiterchaft mit den Unternehmern und den Unternehmerverbänden, insbesondere jenen der großen und schweren Industrie, zu Verhandlungen zusammenzuführen. Ablehnung der Anerkennung der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterchaft sowohl wie auch ihrer wirtschaftlichen und sozialen Gleichwertigkeit gingen bei uns in Deutschland Hand in Hand. Selbst der Krieg mit seinen ganz neuen Bedürfnissen vermochte da keine grundlegenden Wandlungen herbeizuführen, obwohl beispielsweise in England gerade in dieser Hinsicht beachtliche Vorbilder von den Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer- und Arbeiterverbände aufgerichtet wurden.

Nun aber ist in Deutschland mit einem Schlage nicht nur nachgeholt worden, was auf diesem Gebiete bisher anderwärts erreicht wurde; vielmehr gehen die getroffenen Vereinbarungen weit über alles hinaus, was bisher in irgend einem Lande von Seiten der organisierten Arbeiterchaft erreicht werden konnte. Wie im Reich und in den Bundesstaaten die Tore dem Einzug der Demokratie weit geöffnet wurden, so ist jetzt die Demokratie auch in den deutschen Großbetrieb eingezogen. Die Gewerkschaften stehen als das da, was sie übrigens praktisch lange vorher schon waren: als die berufenen Vertreter der Arbeiterchaft. Die ungeheueren Aufgaben, die mit der Demobilisierung, mit der Übergangswirtschaft und mit dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens verbunden sind, sollen auf die Schultern jener Gebilde gelegt werden, die dazu ihrer Natur und geschichtlichen Entwicklung nach einzig berufen sind: auf die Schultern der Unternehmer- und Arbeiterverbände. Denn es handelt sich bei dem Abkommen nicht nur gewissermaßen um große Richtlinien, die das einzelne Gewerbe wenig oder garnicht unmittelbar betreffen; vielmehr bezeugt das Abkommen, daß nicht nur zwischen den unterzeichneten Verbänden der Unternehmer und den Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft für das ganze Reich errichtet werden soll, sondern es sollen auch für die einzelnen Industrien (Metallindustrie, Bergbau, Baugewerbe, Textilindustrie, Holzindustrie usw.) Arbeitsgemeinschaften mit bezirklichem Unterbau errichtet werden, die ebenfalls das ganze Reich umfassen. Aus den Organen unserer Verbände geht denn hervor, wie diese Arbeitsgemeinschaften für die einzelnen Industrien allmählich errichtet werden.

So hat der große Gedanke des Tarifvertrages mit seiner bedenklichen Zuspitzung zur Arbeitsgemeinschaft in diesen Tagen furchtbarer Entscheidungen den Sieg errungen. Wenn irgendwo, dann kann in diesem Punkte etwas Trostvolles für die kommende Zeit erblickt werden. Wir zweifeln beim auch nicht daran, daß trotz all der kommenden ungeheueren, furchtbaren Schwierigkeiten die so unwichtig gekündete deutsche Tatkraft grundlegend Neues und Wertvolles auch für die Zukunft leisten wird. Deutschland hat sich in diesen unwälzenden Tagen doch letzten Endes als das Land ehrlichen guten Willens bewiesen. Wie unsere politischen Einrichtungen dem Ziele nach heut diejenigen aller anderen Völker und Staaten an wirklichem Freiheitsstreben übertreffen, so auch die Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens. Was

die besten Kenner und wahrerzigigen Vertreter der organisierten Arbeiterchaft in ihren kühnsten Erwartungen um von ferne zu erschauen hofften, wie etwa das bekannte englische Ehepaar Webb in seinen Schriften, das geht in Deutschland der Verwirklichung entgegen. Damit sind die Arbeiterinteressen aufs wirksamste gewahrt. Nunmehr kommt es darauf an, daß die Arbeiterchaft selbst die Bedeutung der Stunde versteht. Eine Hochflut gewerkschaftlicher Organisation muß jetzt auf der ganzen Linie einsetzen. Auf diesem Wege müssen sich die Arbeiter nun auch durch die Tat verdienen, was ihnen die neue Zeit an großen Errungenschaften bringt. Sie müssen es verdienen, um es wirklich zu besitzen!

Errorismus.

Von verschiedenen Ortsgruppen wird uns mitgeteilt, daß von Seiten der Genossen versucht wird, unsere Mitglieder zu die roten Verbände zu pressen. Verschiedentlich glaubten rote Agitatoren ihrem Wunsch dadurch Nachdruck verleihen zu können, daß sie behaupteten, die Arbeiter- und Soldatenräte oder die neue Regierung würden nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung dulden. Wader andere verhassten Dumme einzufangen mit der Behauptung, die verschiedenen Gewerkschaften hätten sich inzwischen verschmolzen.

An all diesen Behauptungen ist kein wahres Wort. Wie wie nach bleiben die christlichen Gewerkschaften eine selbständige Organisation. Sie können auch in der jetzigen Zeit gar nicht ersetzt werden. In allen Aktionen, die die Arbeiter und Angestellten von Interesse sind, sind sie als gleichberechtigtes Glied beteiligt. Mindestens hunderttausend neue Mitglieder (die genaue Zahl läßt sich im Augenblick nicht feststellen), sind in den letzten Wochen unseren christlichen Verbänden beigetreten. Also laßt euch durch solche Vorspiegelungen nicht verführen. Geht diesen Wahnwängern die richtige Antwort.

Im Gegenteil, überall muß eine lebhaftere Agitation in unseren Verband entwickelt werden. Keine Zeit ist so günstig, um neue Kämpfer für unsere gute Sache zu gewinnen. Nutzt an allen Orten diese günstige Gelegenheit aus. In den großen Erfolgen unseres Verbandes in den letzten Wochen müssen neue kommen. Wenn ein jedes Mitglied seine Pflicht und Schuldigkeit in der Vorbereitung tut, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Deutscher-demokratischer Gewerkschaftsbund.

Die deutschen Arbeitnehmerorganisationen stehen in den nächsten Monaten und Jahren vor gewaltigen Aufgaben. Um Staats-, Volks- und Wirtschaftsleben wird eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Dabei müssen unter allen Umständen zweifelhaftes wirtschaftliche Experimente hintangehalten werden, wenn nicht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Kosten dafür bezahlen soll. Dadurch, daß die Sozialdemokratie plötzlich zur Herrschaft gelangt ist und in ihr zwei Richtungen um politische Macht und Zukunftsgestaltung unserer Wirtschaft kämpfen, besteht die Gefahr, daß der sozialistische Doktrinarismus mehr an unserem Wirtschaftsleben herumexperimentiert als dieses, insbesondere in der gegenwärtigen anormalen Zeit, vertragen kann. Deutschland betrieb vor dem Kriege einen Außenhandel, der einen Wert von 20 Milliarden Mark darstellte und von dem etwa 12 bis 15 Millionen Menschen lebten. Davon durch den Krieg so gut wie nichts übriggeblieben. Weiter in wir in unserer einheimischen Rohstoffwirtschaft total ausgehungert. Schrecklich muß unsere Zeit über Jahren auf den Krieg eingestellte Wirtschaft in wenigen Monaten auf die Ardenne wirtschaftlich zurückgeführt werden. In solcher Stunde muß wirtschaftliche Vernunft und Erfahrung über den politischen Willenssiegern bleiben.

Durch die plötzliche Umwälzung auf politischem und teilweise auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete ist in den Reihen verschiedener Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände eine größere Unsicherheit herbeigeführt worden. Das trifft insbesondere für die Verbände zu, die sich seither ausschließlich als soziale Interessenvertretung betätigten, ohne zugleich eine allgemeine und volkswirtschaftliche Erziehungsarbeit an ihren Mitgliedern betrieben zu haben. In einer Reihe von Städten haben die Arbeiter- und Soldatenräte einen großen Terrorismus ausgedeutet und alle Arbeiter, Angestellten und Beamten in das sozialdemokratische Lager hineinzupressen versucht.

Auf diesem Hintergrund ist der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund gebildet worden. Ihm haben sich bis jetzt angegeschlossen: der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Verband der deutschen Gewerksvereine (S.-D.), der Allgemeine Eisenbahnerverband (Sitz Berlin), das Reichsamt der Staatsangestellten (Sitz Elberfeld), der Preussisch-hessische Lokomotivführerverband, der Verband der Privat-Eisenbahnbeamten, der Deutsche Lechtkerverband, der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der Verband deutscher Handlungsgehilfen usw. Der Bund umfaßt schon jetzt weit über eine Million Mitglieder.

Der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund trat am 20. November in Berlin durch eine große Versammlung im Berliner Scherbergereinshaus an die Öffentlichkeit. An erster Stelle sprach Kollege Siegenwald über Zweck und Ziele des Bundes; er führte über u. a. folgendes aus:

Eine geschichtliche Periode des Deutschen Reiches ist abgeschlossen, wir stehen am Anfang einer neuen Zeit. Die französische Revolution vor gut hundert Jahren hat den Fürstentumsstaat weggeworfen, die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit gebracht und in Verbindung mit der Technik die hochkapitalistische Entwicklung unserer Tage herbeigeführt. Gegenwärtig erleben wir wohl die größte politische Weltrevolution aller Zeiten. Sie hat bis jetzt auf der ganzen Erde von Belgien bis zu den Südpolen die Demokratie zur Herrschaft gebracht. Drei große Imperien: Rußland, Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind zerfallen und zusammengebrochen. Weiterhin bringt die gegenwärtige Weltrevolution wohl mit Sicherheit eine gewaltige Korrektur der kapitalistischen Entwicklung durch den Sozialismus. Unter dem Schlagwort deutsches Reichgebäude ist abgebrochen. An ihrer Stelle finden wir nur noch einen großen abgeräumten Arealplatz vor; auf ihm wir demnächst die Nationalversammlung oder das Reichstende für ein mitteleuropäisches Reich aufbauen haben. Auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht stehen wir heute sozusagen vor nichts. Das deutsche Volk bekommt durch den Krieg 200 bis 250 Milliarden Schulden aus dem Ausland, die nicht durch Vermögensabgabe, durch Besitz- und Verbrauchssteuer allein bezahlt und verzinst werden können. Der Staat muß vielmehr auch in die Wirtschaft selbst eingreifen. Das Wirtschaftsleben muß den Anforderungen der Stunde entsprechend gestaltet werden; dieses ist das Fundament für das Staats- und Volksleben. Nur politische Freiheiten allein kann das Volk nichts anfangen, wenn es nichts zu essen hat. Gegenwärtig drohen dem deutschen Wirtschaftsleben Gefahren von zwei Seiten: Breiten beütenden Schäden hat das frühere Wirtschaftsleben gut erlitten. Sie haben von ihm, wenn nicht alles, so doch möglichst viel erhalten. Auf der anderen Seite sieht der sozialistische Diktatorismus, der an unserem Wirtschaftsleben in seinem gegenwärtigen hohen Niedrigzustand herumexperimentieren will. In solcher Situation müssen Organisationen, die etwas bedeuten wollten, im künftigen Deutschland leitende Ideen haben und sich im politischen Leben Geltung zu verschaffen suchen. Das nationale Verantwortungsbewußtsein des deutschen Volkes muß klar herantreten, die Demokratie und Parteien vor Korruption und Kastenbildung bewahrt werden, das Wohl der vielen Millionen Menschen, die das erwerbsfähige Volk in Stadt und Land darstellen, müssen den Mittelpunkt und die Orientierung für die

ganze Politik abgeben, und nicht umgekehrt, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Der Mensch und nicht die Ware muß künftig im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen.

Weiter sprach Herr Hartmann von den Deutschen Gewerksvereinen (S.-D.) über die wirtschaftlichen Erfordernisse der nächsten Zeit. Er führte aus: Die Grundlage zu einer erfolgreichen Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft bilde die Anerkennung einer tatsächlichen Kooperationsfreiheit. Die Kriegsteilnehmer sind möglichst an ihren früheren Arbeitsplätzen weiter zu beschäftigen. Für die Kriegsbeschädigten sind Löhne und Gehälter zu zahlen, die ihren Leistungen entsprechen ohne Rücksicht auf ihre Rente. Eine positive Regelung des Arbeitsrechtes hat zu erfolgen, die dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger Rechnung tragen muß. Für Landarbeiter und Dienstboten ist ein neues Landarbeiter- bzw. Gehälterecht zu schaffen. Das gewerbliche Einigungswesen ist auszubauen und durch ein Reichseinigungsamt zu vervollständigen. Das soziale Versicherungswesen ist durch Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung, durch Uebernahme der Wöchnerinnenunterstützung in der Reichsversicherungsordnung, durch Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden und durch Ueberleitung der Landarbeiter in die allgemeinen Ortskrankenlisten, unter Aufhebung der Landkrankenlisten zu vervollständigen. Durch die Einführung des achtstündigen Arbeitstages wird die Schaffung eines Gesetzes notwendig, das den industriellen Verhältnissen unseres Landes Rechnung trägt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie mit dem Auslande möglichst sichert. Der Achtstundentag ist im Friedensvertrag international festzulegen. Die organische Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes und die praktische Fürsorge für die Arbeitnehmer erfordert auch für die Zukunft die rege Aufmerksamkeit aller Kreise. Vor der Einführung neuer sozialwirtsch. Gesetze sind die Berufsorganisationen zur Mitwirkung heranzuziehen.

Im Anschluß an diese Ausführungen gaben die Vertreter der einzelnen Verbände, die dem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund angehören, zustimmende Erklärungen ab. Die Versammlung wählte zur Weiterverfolgung der Besprechungen des Bundes einen Ausschuß, der inzwischen den Kollegen Siegenwald vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zu seinem Vorsitzenden bestellt hat. Weiterhin einigte sich die Versammlung einstimmig auf folgendes, einseitigen provisorische Aktionsprogramm, das, je nach den Aufgaben, die an den Gewerkschaftsbund herangetragen, durch seinen Ausschuß erweitert werden kann:

1. Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.
2. Ein groß-deutsches Reich als Wirtschaftseinheit mit wirklich demokratischer Verwaltung und Verfassung.
3. Gleichheit aller hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte.
4. Freie Wahl den Tüchtigen in Staatsleitung, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft.
5. Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Tüchtigkeit, sowie der Weltkonkurrenzfähigkeit.
6. Unbedingte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, insbesondere bei der Sozialisierung einzelner Industrie- und Gewerbegebiete.
7. Garantie der Bezüge und Pensionen aller Staatsbediensteten.

Unter dem 23. November erließ der Ausschuß des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes folgenden Aufruf:

Präliminarfrieden und Brot.

Das deutsche Volk steht vor ungeheuren Gefahren und Aufgaben.

1. Das Reich droht auseinanderzufallen. Die Diktatur des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates als Reichsregierung wird im Lande als des deutschen Volkes unwürdig und unerkennbar empfunden. Andere süddeutschen Volksgenossen sind bereits daran,

Nach zu einer selbständigen Staatsgemeinschaft zusammenzuschließen.

2. Die Gefahr einer Hungersnot rückt immer näher. Unter Eisenbahnmateriale bedürfen wir für den schnellen Rücktransport der Truppen. Doch ein Fünftel unserer Güterwagen und Lokomotiven müssen wir unseren erbarmungslosen Feinden überlassen. Daher fehlen die Verkehrsmittel für eine geregelte Lebensmittelversorgung. Die Entente lehnt Hilferufen ab; sie selbst will nicht eher Lebensmittel liefern, bevor in Deutschland feste staatliche Verhältnisse geschaffen sind.

3. Es droht Gefahr, daß unser Vaterland von feindlichen Truppen besetzt wird. Die Waffenstillstandsbedingungen sind zu brutal, um ausgeführt werden zu können. Die Feinde lauern darauf, bei uns Ordnung zu schaffen. Das bedeutet ein Schmach und eine Verflawung für das deutsche Volk.

Wir dürfen nicht ruhig zusehen, daß, wie in Rußland, alles zerstört wird; wir müssen aufbauen. Jetzt gilt es einzutreten für:

1. Herbeiführung eines baldigen Präliminarfriedens. Die für das deutsche Volk lebensnotwendige Gestaltung dieses Friedens ist mit Nachdruck herauszuarbeiten. Presse, Parteien, Organisationen — das ganze Volk — müssen sich zu dieser Arbeit vereinigen.

2. Wiederbelebung und Sicherung unseres Wirtschaftslebens. Zu wirtschaftlichen Experimenten ist jetzt keine Zeit. Millionen heimkehrender Krieger ist Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Den Kriegsbeschädigten muß Hilfe jeglicher Art zuteil werden. Die Landbevölkerung muß ihrerseits die Volksernährung aufrechterhalten. Unerfügte Eingriffe in das Verkehrswesen sind schärfstens zurückzuziehen. Politische Rechte allein helfen dem Volke nichts, wenn es nichts zu essen hat.

3. Scharfingige Einberufung der Nationalversammlung. Unsere Feinde erklären: Ohne Konstituante kein Frieden und kein Brot. Ohne Nationalversammlung ist auch die Zusammenfassung des deutschen Volkes zu vereinter Kraft nicht möglich. Bei dem gegenwärtigen Wirtschaftszustand gehen im Aus- und Inlande Milliardenwerte verloren, die in den nächsten Jahrzehnten vom deutschen Volke wieder erarbeitet werden müssen.

Deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte: Fordert Präliminarfrieden und Brot. Schließt euch uns an!

Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund
Berlin SW. 68, Kochstraße 9.

Kundschau.

„Die Organisation der Heeresentlassenen.“ Die unter diesem Titel erschienene Schrift des Verbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer ist die einzige in der bisher vorliegenden Literatur der Kriegsbeschädigtenbewegung, welche einen objektiven Ueberblick über das Organisationswesen der Heeresentlassenen, insbesondere der Kriegsbeschädigten und über die Tendenzen dieser Organisation bietet. In der jetzigen Zeit der Heimkehr der Krieger gewinnen die Darstellungen der Schrift erhöhte Bedeutung. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg. Sie ist im Verlage von Otto Ruppel, Drogen i. B., erschienen und kann durch alle Buchhandlungen und direkt von der Reichsleitungsstelle des obengenannten Verbandes in Berlin SW. 68, Kochstraße 9, bezogen werden.

Aus den Ortsgruppen.

Raden-Raden. Am August wurden an die einzelnen Betriebsverwaltungen Eingaben eingereicht, in denen einseitlich eine sofortige Lohnerhöhung von 15 Pfg. pro Stunde und eine Erweiterung des Urlaubs beantragt wurde, ferner waren für einzelne Kategorien noch besondere Wünsche niedergelegt, so für die Arbeiter der Mannschaft und die Besatzungsdiener. Diesen Forderungen ist kurzlich, soweit es sich um die Lohnerhöhung handelt, entsprochen worden. Danach erhalten ab 1. September alle männlichen Arbeiter eine Lohnzulage von 15 Pfg. die Stunde. Ebenfalls erhalten die Arbeiterinnen des Petrusbannes die gleiche Lohnzahlung von 15 Pfg. Sowohl die an der Straßenbahn, so fern sie wieder in der Halle beschäftigt sind, 10 Pfg. die Stunde verdienen 5 Pfg. pro Stunde mehr.

Weiter in die Urlaubsfrage nicht nach unseren Wünschen geregelt worden. So merkwürdig eslingen mag, Schuld daran tragen einige Mitglieder des Arbeiterausschusses, die allerdings nicht unserem Verbands angehören. Diese drei Leute sind der Meinung, daß sich die Verlängerung des Urlaubs wegen des Vertrages für die wändigen Arbeiter nicht durchsetzen lasse. Das ist natürlich nur eine faule Ausrede. Denn so gut der Urlaub für die beiden untersten Stufen geändert wurde, konnte er auch für die beiden oberen Stufen geändert werden. Bei entschiedenem Verhalten dieser Ausschussmitglieder würden auch die Schaffnerinnen eine höhere Zulage wie 5 Pfg. pro Stunde erhalten haben. Ein sonderbarer Haug hat doch sogar behauptet, daß die Schaffnerinnen mehr bekommen hätten, wenn sie nicht im Verband wären. Solche Leute nennen sich dann Arbeitervertreter. Es ist die höchste Zeit, daß damit aufgeräumt wird. Sie haben lange genug ihr Unwesen getrieben zum Schaden der Arbeiterschaft.

Göln. In der Stadtverordnetenversammlung am 21. November erklärte man sich grundsätzlich mit einer Vorlage, die die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den städtischen Betrieben vorläufig einverstanden. Hierzu führte der Stadtverordnete Kollege C. Mann aus:

„Ich bin mir wohl bewußt, daß eine Arbeitszeit, die seitens der Arbeiterschaft als eine angemessene betrachtet wird, viele Gutes hat. Die Gründe hierfür sind anerkennen. Es ist die Sorge um den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, die deutsche Industrie konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu halten. Es muß versucht werden, internationale Vereinbarungen über Arbeitsschutz und Arbeiterversicherung zu treffen. Ob dieses bei dem bevorstehenden Friedensschluß möglich ist, steht dahin. Wir erleben heute aber nicht nur eine soziale, sondern auch eine soziale Umwälzung. Ob die erstere ihre Wollen auch über die Reichsgrenzen schlägt, ist noch unbestimmt. Aber bestimmt wird die soziale Umwälzung auch in den Ländern der Entente kommen. Der durch die achtstündige Arbeitszeit sich ergebende Ausfall an Arbeitsleistung muß ausgeglichen werden. Dadurch daß sämtliche arbeitsfähige Kräfte zur Arbeit herangezogen werden, im neuen Deutschland kann kein Platz für Schieberrentnern oder sonstige unlaute Elemente sein.“

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch eine andere Frage erwähnen, die mit der Vorlage im gewissen Zusammenhang steht, die Beseitigung der Sonntagsarbeit. Wegen des städtischen Gebiets nach sechs Tagen sollte zu einem ruhen, in leider heute in der Industrie, wie auch in den städtischen Betrieben viel gesündigt worden. Wo die Sonntagsarbeit, z. B. bei der Straßenbahn, zu umgehen ist, muß an dessen Stelle ein Wochentag als Mittel gewählt werden. Nur dann, wenn wir auch die sittlichen und moralischen Kräfte stärken, zu dem ohne Zweifel Gewährung der Sonntagsruhe gehört, wird es gelingen, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen.“

Der Herr Oberbürgermeister sagte die Gewährung eines Ruhetages in jeder Woche zu.

Die praktische Durchführung des Beschlusses, wie auch die Lage des Herrn Oberbürgermeisters hinsichtlich des Ruhetages obliegt nunmehr den einzelnen Betriebsleitungen. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse haben nunmehr die Aufgabe, an der Beseitigung der technischen Schwierigkeiten, die sich überall geltend machen werden, freudig mitzuarbeiten.

Verbandsnachrichten.

Vom dritten Quartal hatten bis zum 4. Dezember abgerechnet die Ortsgruppen: Wronberg, Bonn (St.), Bielefeld, Lang, Transdorf, Mainz, Regensburg und Freiburg.
Der Zentralvorstand

Gedenktafel.

Verstorben und die Kollegen:
Wolfgang Anott, Bonn,
verunglückt beim Fliegerangriff am 31. 10. 1918.
Georg von John, Aachen,
Baptist Weich, Weiden,
Frau Dreiner, Paffau,
Wilhelm Geufeler, Bonn.
Ohre ihrem Andenken.

Redaktion und Verlag: H. F. I. Mann, Köln. Benloerwall 1.
Druck: Köln-Schrenkelder Verlagsdruckerei, Moltkestr. 11.